

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

113 (23.9.1947)

De Gaulle: Die Regierung in Frankreich machtlos

Paris, 22. Sept. (Dena) General Charles de Gaulle bezeichnete laut INS auf einer Rede in Lyon die augenblickliche französische Regierung als machtlos gegenüber den Problemen, die sie zu lösen hat.



L'Arc de Triomphe in Paris wird repariert. (Dena-Bild)

Ausführenden der Anordnungen aus Moskau. Der französische stellvertretende Ministerpräsident Pierre Henri Teitgen erklärte am 21. September laut Dena-Telex auf einer Versammlung der MRP in Saint Etienne, die Saar würde Frankreich einverleibt werden, ob es der Sowjetunion gefalle oder nicht.

Kurt von Dittmar als Entlastungszeuge

Münch., 22. Sept. (Dena) Am 4. Tage der Beratungen über den Entwurf des neuen Reichsgrundgesetzes, den der Reichspräsident Dr. Alfred Schöb, den Rundfunksprecher des früheren Oberkommandos des Heeres, Generalleutnant Kurt von Dittmar, als Entlastungszeuge aus.

Von Dittmar, der mit einem Flugzeug von London nach Frankfurt gebracht wurde, befindet sich zur Zeit noch in einem britischen Kriegsgefangenenlager in Wales, in dem größtenteils Generalisten untergebracht sind. Er arbeitet dort in der Landwirtschaft.

1941 sagte Dittmar sei er auf Grund seiner Untauglichkeit von aktiven Wehrdienst befreit worden habe dann die Kommunisten zur militärischen Lage über den deutschen Rundfunk verbreitet. Dabei habe er bereits im Winter 1941/42 auf den außerordentlichen Ernst der Lage hingewiesen. Er habe sich immer im Rahmen des Möglichen bemüht, dem deutschen Volke die Wahrheit zu sagen.

Im Dritten Reich, so führte Fritzsche dann aus, habe es im eigentlichen Sinne drei Arten der Propaganda gegeben. Zur ersten Gruppe habe die sogenannte Fritzsche als einzelner Parteikreis gehört, die unter mittelbarer von Bormann unterstützt worden sei und die mit ihrer „Führerpropaganda“ die deutsche Volk von dem Vorhandensein der sogenannten Wunderwaffen überzeugen sollte. Die zweite Art bezeichnete Fritzsche als eine Propaganda, die schon fester in den Händen Goebbels lag und sich vor allem bemühte, die Propaganda der Gruppe 1 auf einen „Besseren“ Nenner zu bringen.

Im Telegrammstil

New York. Der frühere Oberbürgermeister von New York und Generaldirektor der UNRRA, Fiorello La Guardia, ist am 20. September verstorben. (Dena-Telex)

London. Ein felerlicher Dankgebet für den Sieg in der „Schlacht um Großbritannien“ wurde am 22. September in Anwesenheit Premierminister Attlees in der Westminster-Abtei abgehalten. (Dena-Telex)

Paris. Die europäische Wirtschaftskonferenz nahm auf ihrer Schlussitzung am Montagmorgen in der Sitzung des Marshallplans für die Vereinigten Staaten aufgestellten Bericht über die europäischen Bedürfnisse einstimmig an. (Dena-Telex)

Oslø. Vor dem obersten norwegischen Gerichtshof begann am 19. September laut NPD das Berufungsverfahren gegen Marie Hamsun, die Gattin des 83jährigen norwegischen Dichters Kurt Hamsun, die wegen Verstoßes zu drei Jahren Schwerearbeit verurteilt worden war. Marie Hamsun war während der deutschen Besetzung Norwegens Mitglied der Quisling-Partei. Sie schrieb und trieb Propaganda für die Nazis und die Deutschen. Das Urteil der 1. Instanz wurde bestätigt. (Dena)

Athen. Die offizielle Eingliederung der Dodekanes-Inseln in den griechischen Staatsverband wurde am 22. September im 14. Jahrestag des griechisch-italienischen Kriegsabschlusses, der 28. Oktober bestimmt. (AP)

Athen. Alle griechischen Männer im Alter von 34 und 40 Jahren werden in den nächsten „Nationalgarde“ einberufen. (AP)

Kairo. Der Führer der ägyptischen Wafd-Partei, Mustafa el Nahas, übermittelte dem britischen Botschafter in Kairo am 21. September die englische Verwaltung des Nillales aufzugeben. (AP)

München. Eine zweite internationale Sitzung des Rotes Kreuzes an der neben dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard zahlreiche Vertreter der Rotkreuz-Organisationen aus Deutschland und dem Ausland teilnahmen, fand am 21. September im Nymphenburger Schloß ihren Abschluß. (Dena)

München. Der bayerische Landtag hat am 22. September mit Stimmmehrheit der

BADISCHE ANZEIGEN. Karlsruhe, Dienstag, 23. Sept. 1947. Monatlicher Bezugspreis RM. 2,30. Postbezugs RM. 2,60 zuzügl. Bestellgebühr.

Die 3 Behandlungsmethoden der Sieger Bidaut und Masaryk verwerfen Frieden der Rache für Deutschland

Die Stellungnahme der Delegierten der UN-Vollversammlung zu den Vorschlägen Marshalls und der Rede Wyschinski

New York, 22. Sept. (Dena) Neue Angriffe gegen das Vetorecht wurde laut Reuter in der Freitagabendmitsitzung der UN-Vollversammlung von Jose Acre, dem argentinischen Delegierten eingeleitet. Da sei ein Fehler gewesen, das Vetorecht überhaupt in die Charta aufzunehmen, sagte er, da es gegen das Prinzip der souveränen Gleichheit aller Mitglieder der UN verstoße.

Als nächster Sprecher wiederholte der weißrussische Delegierte Kuzma Kisselew die bereits von Wyschinski erhobenen Anschuldigungen gegen die USA. In der Spätsitzung sprach sich auch der sudafrikanische Delegierte Harry Lawrence gegen den Mißbrauch des Vetorechtes aus und erklärte: „Die Völker verlieren das Vertrauen in die UN“.

Bidaut und Masaryk gingen am 20. September auch auf die Deutschland-Frage ein und vertraten beide die Ansicht, daß die Friedensregelung für Deutschland nicht von Bruch der Aggressionen zu verhandeln werden müßten, um ein Wiederwiederkehren des Aggressionsgeistes zu verhindern.

Frankreich sei zur Prüfung der Vorschläge Marshalls bereit. Bidaut verwarf es als „Friedensvertrag“ und erklärte, daß die „ausgesprochenen Absichten der Sieger“ die UN nicht zu einem „Friedensvertrag“ zwischen Deutschland und den Siegermächten führen würden.

Masaryk erklärte demgegenüber, die Tschechoslowakei wende sich gegen jede direkte oder indirekte Änderung der Charta und gegen die „Einseitigkeit der Großmächte durch ein Mehrheitsveto“.

Die Delegierten der Nahost-Staaten - Ägypten und Libanon - legten besonderes Gewicht auf die Palästina-Frage. Der ägyptische Delegierte Hassan El-Bendary erklärte, daß die UN nicht jener von Arabern bewohnt und auch heute arabisch sei.

Die wechelseitige Abhängigkeit des europäischen Wiederaufbaus und der amerikanischen Wirtschaftspolitik. In der Präludium wird ausdrücklich betont, daß Europa die Vereinigten Staaten nicht durch ein Warenbittel, die es nicht auf Kredit erhalten kann und daß der Bericht in keiner Weise eine „Einkaufsliste“ ist.

Der 20.000 Worte umfassende Bericht über die Bedürfnisse für den europäischen Wiederaufbau hat folgende beiden Taktiken hervorgehoben: 1. Bemühungen und Pläne der 16 europäischen Nationen, sich durch gegenseitige Zusammenarbeit zu helfen, und Schaffung einer gesunden Währung, die zu einer kontinuierlichen Entwicklung der europäischen und schließlich aller Währungen der Welt führt.

Die geschäftsführende Direktor der Care-Organisation, Paul Comy French schloß sich der Ansicht des Generals an und erklärte: „Wir legen Vorräte an Lebensmittelpaketen, Kindernahrungsmitteln und Kleiderpaketen in unseren europäischen Lagern in größtmöglicher Menge an.“

Der geschäftsführende Direktor der Care-Organisation, Paul Comy French schloß sich der Ansicht des Generals an und erklärte: „Wir legen Vorräte an Lebensmittelpaketen, Kindernahrungsmitteln und Kleiderpaketen in unseren europäischen Lagern in größtmöglicher Menge an.“

Der geschäftsführende Direktor der Care-Organisation, Paul Comy French schloß sich der Ansicht des Generals an und erklärte: „Wir legen Vorräte an Lebensmittelpaketen, Kindernahrungsmitteln und Kleiderpaketen in unseren europäischen Lagern in größtmöglicher Menge an.“

Der geschäftsführende Direktor der Care-Organisation, Paul Comy French schloß sich der Ansicht des Generals an und erklärte: „Wir legen Vorräte an Lebensmittelpaketen, Kindernahrungsmitteln und Kleiderpaketen in unseren europäischen Lagern in größtmöglicher Menge an.“

Der geschäftsführende Direktor der Care-Organisation, Paul Comy French schloß sich der Ansicht des Generals an und erklärte: „Wir legen Vorräte an Lebensmittelpaketen, Kindernahrungsmitteln und Kleiderpaketen in unseren europäischen Lagern in größtmöglicher Menge an.“

Die Gründung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft

Stuttgart, 22. Sept. (Hue-Zig-Ber.) Nachdem im Jahre 1946 der Verein zur Gründung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft ins Leben gerufen worden war, fand vom 16. bis 18. September die Wiedergründung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft in der landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim statt.

Der Höhepunkt der Tagung bildete die erste Mitgliederversammlung. Nach einer Eröffnungsansprache, die Landwirtschaftsminister Stöck übernommen hatte, sprach zunächst als Vertreter der amerikanischen Militärregierung Dr. Conrad Hamanar über die Grundlagen für den Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft.

Der Schluß der Tagung bildete ein Vortrag des Direktors des Verwaltungsamts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Frankfurt a. M. Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen, der über die heutigen Aufgaben der Landwirtschaft sprach.

Die Tagung wurde durch einen Vortrag des Direktors des Verwaltungsamts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Frankfurt a. M. Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen, der über die heutigen Aufgaben der Landwirtschaft sprach.

Die Tagung wurde durch einen Vortrag des Direktors des Verwaltungsamts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Frankfurt a. M. Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen, der über die heutigen Aufgaben der Landwirtschaft sprach.

Die Tagung wurde durch einen Vortrag des Direktors des Verwaltungsamts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Frankfurt a. M. Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen, der über die heutigen Aufgaben der Landwirtschaft sprach.

Die Tagung wurde durch einen Vortrag des Direktors des Verwaltungsamts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Frankfurt a. M. Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen, der über die heutigen Aufgaben der Landwirtschaft sprach.

Die Tagung wurde durch einen Vortrag des Direktors des Verwaltungsamts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Frankfurt a. M. Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen, der über die heutigen Aufgaben der Landwirtschaft sprach.

Die Tagung wurde durch einen Vortrag des Direktors des Verwaltungsamts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Frankfurt a. M. Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen, der über die heutigen Aufgaben der Landwirtschaft sprach.

Die Tagung wurde durch einen Vortrag des Direktors des Verwaltungsamts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Frankfurt a. M. Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen, der über die heutigen Aufgaben der Landwirtschaft sprach.

Die Tagung wurde durch einen Vortrag des Direktors des Verwaltungsamts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Frankfurt a. M. Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen, der über die heutigen Aufgaben der Landwirtschaft sprach.

Die Tagung wurde durch einen Vortrag des Direktors des Verwaltungsamts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Frankfurt a. M. Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen, der über die heutigen Aufgaben der Landwirtschaft sprach.

Die Tagung wurde durch einen Vortrag des Direktors des Verwaltungsamts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Frankfurt a. M. Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen, der über die heutigen Aufgaben der Landwirtschaft sprach.

Die 3 Behandlungsmethoden der Sieger Bidaut und Masaryk verwerfen Frieden der Rache für Deutschland

Die Stellungnahme der Delegierten der UN-Vollversammlung zu den Vorschlägen Marshalls und der Rede Wyschinski

New York, 22. Sept. (Dena) Neue Angriffe gegen das Vetorecht wurde laut Reuter in der Freitagabendmitsitzung der UN-Vollversammlung von Jose Acre, dem argentinischen Delegierten eingeleitet. Da sei ein Fehler gewesen, das Vetorecht überhaupt in die Charta aufzunehmen, sagte er, da es gegen das Prinzip der souveränen Gleichheit aller Mitglieder der UN verstoße.

Als nächster Sprecher wiederholte der weißrussische Delegierte Kuzma Kisselew die bereits von Wyschinski erhobenen Anschuldigungen gegen die USA. In der Spätsitzung sprach sich auch der sudafrikanische Delegierte Harry Lawrence gegen den Mißbrauch des Vetorechtes aus und erklärte: „Die Völker verlieren das Vertrauen in die UN“.

Bidaut und Masaryk gingen am 20. September auch auf die Deutschland-Frage ein und vertraten beide die Ansicht, daß die Friedensregelung für Deutschland nicht von Bruch der Aggressionen zu verhandeln werden müßten, um ein Wiederwiederkehren des Aggressionsgeistes zu verhindern.

Frankreich sei zur Prüfung der Vorschläge Marshalls bereit. Bidaut verwarf es als „Friedensvertrag“ und erklärte, daß die „ausgesprochenen Absichten der Sieger“ die UN nicht zu einem „Friedensvertrag“ zwischen Deutschland und den Siegermächten führen würden.

Masaryk erklärte demgegenüber, die Tschechoslowakei wende sich gegen jede direkte oder indirekte Änderung der Charta und gegen die „Einseitigkeit der Großmächte durch ein Mehrheitsveto“.

Die Delegierten der Nahost-Staaten - Ägypten und Libanon - legten besonderes Gewicht auf die Palästina-Frage. Der ägyptische Delegierte Hassan El-Bendary erklärte, daß die UN nicht jener von Arabern bewohnt und auch heute arabisch sei.

Die wechelseitige Abhängigkeit des europäischen Wiederaufbaus und der amerikanischen Wirtschaftspolitik. In der Präludium wird ausdrücklich betont, daß Europa die Vereinigten Staaten nicht durch ein Warenbittel, die es nicht auf Kredit erhalten kann und daß der Bericht in keiner Weise eine „Einkaufsliste“ ist.

Der 20.000 Worte umfassende Bericht über die Bedürfnisse für den europäischen Wiederaufbau hat folgende beiden Taktiken hervorgehoben: 1. Bemühungen und Pläne der 16 europäischen Nationen, sich durch gegenseitige Zusammenarbeit zu helfen, und Schaffung einer gesunden Währung, die zu einer kontinuierlichen Entwicklung der europäischen und schließlich aller Währungen der Welt führt.

Die geschäftsführende Direktor der Care-Organisation, Paul Comy French schloß sich der Ansicht des Generals an und erklärte: „Wir legen Vorräte an Lebensmittelpaketen, Kindernahrungsmitteln und Kleiderpaketen in unseren europäischen Lagern in größtmöglicher Menge an.“

Der geschäftsführende Direktor der Care-Organisation, Paul Comy French schloß sich der Ansicht des Generals an und erklärte: „Wir legen Vorräte an Lebensmittelpaketen, Kindernahrungsmitteln und Kleiderpaketen in unseren europäischen Lagern in größtmöglicher Menge an.“

Der geschäftsführende Direktor der Care-Organisation, Paul Comy French schloß sich der Ansicht des Generals an und erklärte: „Wir legen Vorräte an Lebensmittelpaketen, Kindernahrungsmitteln und Kleiderpaketen in unseren europäischen Lagern in größtmöglicher Menge an.“

Der geschäftsführende Direktor der Care-Organisation, Paul Comy French schloß sich der Ansicht des Generals an und erklärte: „Wir legen Vorräte an Lebensmittelpaketen, Kindernahrungsmitteln und Kleiderpaketen in unseren europäischen Lagern in größtmöglicher Menge an.“

Der geschäftsführende Direktor der Care-Organisation, Paul Comy French schloß sich der Ansicht des Generals an und erklärte: „Wir legen Vorräte an Lebensmittelpaketen, Kindernahrungsmitteln und Kleiderpaketen in unseren europäischen Lagern in größtmöglicher Menge an.“

Europa bedarf 22,4 Milliarden Dollar

Paris, 22. Sept. (Dena-INS). Auf 22,4 Milliarden Dollar wird der Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre in dem Bericht zum Marshall-Plan geschätzt.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Das Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Washington hat am 21. September einen Bericht über den Finanzbedarf Europas während der nächsten vier Jahre veröffentlicht. Der Bericht schätzt den Finanzbedarf auf 22,4 Milliarden Dollar.

Vor neuen Wahlen

Im dem Bemühen, die neue deutsche Demokratie von unten nach oben aufzubauen, haben die Länder der amerikanischen Besatzungszone zu Beginn des Jahres 1946 in einer ersten Wahl ihre Gemeinderäte und drei Monate später ihre Kreistage gewählt.

Die Wahlperiode der Gemeinderäte ist laut Gesetz für eine Übergangsperiode von zwei Jahren begrenzt. Demgemäß läuft die zweite Wahlperiode der Gemeinderäte im gesetzlichen Wahljahr der Bürgermeister und Landräte geht in der ersten Hälfte des kommenden Jahres zu Ende.

Ein vom Innenministerium vorgelegter Gesetzesentwurf, der die Zustimmung des Kabinetts gefunden hat, und nun von dem bergisch-badischen Landtag zu beraten ist, sieht vor, die Wahlen termingemäß durchzuführen.

Wahlrecht und Wählbarkeit. Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen sind nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf alle Bürger der amerikanischen Besatzungszone, die am 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen.

Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen sind nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf alle Bürger der amerikanischen Besatzungszone, die am 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen.

Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen sind nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf alle Bürger der amerikanischen Besatzungszone, die am 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen.

Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen sind nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf alle Bürger der amerikanischen Besatzungszone, die am 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen.

Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen sind nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf alle Bürger der amerikanischen Besatzungszone, die am 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen.

Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen sind nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf alle Bürger der amerikanischen Besatzungszone, die am 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen.

Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen sind nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf alle Bürger der amerikanischen Besatzungszone, die am 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen.

Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen sind nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf alle Bürger der amerikanischen Besatzungszone, die am 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen.

Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen sind nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf alle Bürger der amerikanischen Besatzungszone, die am 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen.

Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen sind nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf alle Bürger der amerikanischen Besatzungszone, die am 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen.

Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen sind nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf alle Bürger der amerikanischen Besatzungszone, die am 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen.

Wahlberechtigt bei den kommenden Wahlen sind nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf alle Bürger der amerikanischen Besatzungszone, die am 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde wohnen.

